

Niederschrift

Gremium	Sitzung - StBV/051(VII)/23			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr	Donnerstag, 08.06.2023	Mensa - Baudezernat An der Steinkuhle 6 39128 Magdeburg	16:00 Uhr	21:15 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 13.04.2023, 04.05.2023
 - 3.1 13.04.2023
 - 3.2 04.05.2023
- 4 Einwohner*innenfragestunde
- 5 Beschlussvorlagen
 - 5.1 Raum- und Funktionsprogramm IGS "Regine Hildebrandt"
FB 40

DS0179/23

5.2	EW-Bau für den Neubau eines Basisbaues am Albinmüller-Turm EB KGm	DS0193/23
5.3	Abschnittsbildungsbeschluss für den Ausbau der Verkehrsanlage "Freie Straße von Warschauer Straße bis Langer Heinrich" im Abschnitt von "Marienstraße bis Langer Heinrich" FB 62	DS0134/23
5.4	Kostenspaltungsbeschluss für endausgebaute Teileinrichtungen in der Verkehrsanlage "Johannes-Göderitz-Straße von Johannes- Göderitz-Straße 98 bis Wendeanlage Altenheim" FB 62	DS0135/23
5.5	Kostenspaltungsbeschluss für endausgebaute Teileinrichtungen in der Verkehrsanlage "Johannes-Göderitz-Straße von Olvenstedter Scheid bis Wendeanlage" FB 62	DS0136/23
5.6	Kostenspaltungsbeschluss für endausgebaute Teileinrichtungen in der Verkehrsanlage "Salbker Straße von Schilfbreite bis 'Dodendorfer Straße" FB 62	DS0137/23
5.7	Abschnittsbildungs- und Kostenspaltungsbeschluss für endausgebaute Teileinrichtungen in der Verkehrsanlage "Agrarstraße von Birkenallee bis Ende der Bebauung" im Abschnitt von "Steinbruchweg bis Ende der Bebauung" FB 62	DS0138/23
5.8	Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 489-6.1 "Ökologische Solarvernetzung (ÖkoSoVer)" sowie Aufstellung der Flächennutzungsplanänderung "Ökologische Solarvernetzung" im Parallelverfahren gemäß § 8 Abs. 3 BauGB Amt 61	DS0100/23
5.9	Behandlung der Stellungnahmen (Zwischenabwägung) zur 32. Änderung des Flächennutzungsplanes der Landeshauptstadt Magdeburg „Niendorfer Straße“ Amt 61	DS0182/23
5.10	32. Änderung des Flächennutzungsplanes "Niendorfer Straße" Erneute Auslegung des Entwurfes Amt 61	DS0183/23
5.11	Elektromobilitätskonzept der Landeshauptstadt Magdeburg Amt 61	DS0114/23
5.11.1	Elektromobilitätskonzept der Landeshauptstadt Magdeburg UwE	DS0114/23/1
5.11.2	Elektromobilitätskonzept der Landeshauptstadt Magdeburg StBV	

5.12	Konzept der Landeshauptstadt Magdeburg für elektrische Tretroller (E-Scooter) Amt 61	DS0130/23
5.12.1	Konzept der Landeshauptstadt Magdeburg für elektrische Tretroller (E-Scooter) Amt 61	DS0130/23/1
5.12.2	Konzept der Landeshauptstadt Magdeburg für elektrische Tretroller (E-Scooter) WTR	DS0130/23/2
5.13	Radverkehrskonzeption der Landeshauptstadt Magdeburg Amt 61	DS0102/23
5.14	Leitidee Willy-Brandt-Platz – ein klimaangepasster Vorplatz Amt 61	DS0185/23
6	Anträge	
6.1	Elektroladesäulen im Südosten Magdeburgs CDU-Ratsfraktion	A0025/23
6.1.1	Elektroladesäulen im Südosten Magdeburgs Amt 61	S0075/23
6.2	Einsteinstraße als Fußgängerzone Fraktion GRÜNE/future!	A0017/23
6.2.1	Einsteinstraße als Fußgängerzone Amt 66	S0124/23
6.3	Mehr Verkehrssicherheit auf der Berliner Chaussee SPD-Stadtratsfraktion Fraktion GRÜNE/future!	A0067/23
6.3.1	Mehr Verkehrssicherheit auf der Berliner Chaussee (A0067/23) Amt 66	S0222/23
7	Informationen	
7.1	Jahresbericht der Behindertenbeauftragten für das Jahr 2022 Behindertenbeauftragte	I0085/23
7.2	Auge der Geschichte FB 42	I0107/23
7.3	Lichtkonzept (A0199/20) Amt 66	I0122/23
7.4	Verbesserung der Verkehrssituation im Ortsteil Anker (A0037/23) Amt 66	I0126/23

7.5	Prüfung der Parkkosten für die Markthändler*innen (A0266/22) Amt 66	I0136/23
7.6	Verfahrensregelung für E-Roller im Stadtgebiet Amt 66	I0142/23
7.7	Übergang schaffen – Herrenkrugstraße / Hochschule Magdeburg Amt 61	I0111/23
7.8	Bewilligungen von Städtebaufördermittel für das Programmjahr 2022 (Haushaltsjahre 2022 - 2026) Amt 61	I0112/23
7.9	Sicherer Schulweg an der Nachtweide Amt 61	I0114/23
7.10	Beteiligungskonzept zur 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 237-2 "Zentraler Platz/ Elbufer" (Prämonstratenserberg) Amt 61	I0121/23
8	Sachstand Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee Amt 66	
9	Verschiedenes	
9.1	Sachstand Märktekonzept Amt 61	
9.2	Sachstand zur DS0474/23 - Variantenentscheidung zur Umgestaltung Schönebecker Straße... Amt 61	

Anwesend:

Vorsitzende/r

Mirko Stage

Mitglieder des Gremiums

Norman Belas

René Hempel

Christian Mertens

Burkhard Moll

Frank Schuster

Reinhard Stern

Vertreter

Stephan Bublitz

Jürgen Canehl

Jens Rösler

Geschäftsführung

Corina Nürnberg

Entschuldigt:

Mitglieder des Gremiums

Dr. Falko Grube
Madeleine Linke

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der **Vorsitzende Stadtrat Stage** begrüßt die Anwesenden. Er verweist auf eine fristgerechte Ladung, stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest und eröffnet die Ausschusssitzung.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung soll auf Wunsch der Verwaltung um den TOP 5.14 ergänzt werden. Die TOP 5.11 (2. Lesung) sowie 6.1 sollen wieder zusammen behandelt werden.

Abstimmung: 5-0-0 geändert beschlossen

3. Genehmigung der Niederschrift vom 13.04.2023, 04.05.2023

3.1. 13.04.2023

Abstimmung: 4-0-1

3.2. 04.05.2023

Stadtrat Stern hinterfragt noch einmal die Sichtachsenbeziehung zwischen McDonald-Pylon und einem freiem Domblick. Ihm fehlt immer noch eine eindeutige Aussage dazu.

Herr Schütt weist darauf hin, dass der Bauherr diverse Visualisierungen vorgelegt hat. Soweit aus den Visualisierungen ersichtlich, befindet sich die Werbeanlage nicht in der Sichtachse zum Dom. Dom und Werbeanlage erscheinen laut Visualisierung beide nebeneinander im Blickfeld. Deshalb bestand keine rechtliche Handhabe, die Baugenehmigung zu versagen oder zurückzunehmen.

Der **Beigeordnete** verweist auf das bauaufsichtliche Verfahren, welches nicht in den öffentlichen Teil der Sitzung gehöre.

Stadtrat Hempel bittet um Vorstellung der Simulation im nichtöffentlichen Teil bzw. um Ergänzung zum Protokoll.

Der **Beigeordnete** geht auf die Sach- und Rechtslage ein und verweist auf die Durchführung eines offiziellen Verfahrens.

Stadtrat Stern verweist in diesem Zusammenhang auf die intensiven Diskussionen zum Hochhauskonzept.

Stadtrat Canehl fragt, was genau „Sichtachse“ heißt.

Stadtrat Stage beendet die Diskussion und verweist auf die Bestätigung der Tagesordnung hier.

Abstimmung: 6-0-2

4. Einwohner*innenfragestunde

5. Beschlussvorlagen

5.1. Raum- und Funktionsprogramm IGS "Regine Hildebrandt" Vorlage: DS0179/23

Frau Althaus erläutert die Beschlussvorlage. Der Schulstandort mit 2 Gebäuden und einer zugehörigen Sporthalle wurde zwischen 2008 – 2009 umfassend saniert. Durch Neuausrichtung/Konzentration von Räumen/Bereichen sollen im Zuge der Anbauplanungen u.a. die Verwaltungseinheiten zentralisiert untergebracht werden. Ebenso besteht die Forderung einer der Schülerzahl angemessenen Ankunfts-, Pausen- und Freistundenaufenthaltsfläche und nach einem multifunktionalen Versammlungsraum für den gesamten Stadtteil. Im Rahmen der Machbarkeitsstudie werden Variantenabwägungen erfolgen.

Stadtrat Stage hinterfragt die Beratungsfolge der Beschlussvorlage.

Stadtrat Hempel erkundigt sich nach der barrierefreien Ausgestaltung der Arbeitsräume sowie der Klassenräume und geht auf das Thema Inklusion ein. Er werde keiner Beschlussvorlage mehr zustimmen die nicht die Barrierefreiheit berücksichtigt. **Frau Althaus** berichtet, dass der EB KGm bei Neubauten grundsätzlich barrierefreie baut. Der Standort ist bereits barrierefrei, teilt **Frau Althaus** mit. Sie verweist auf die vorhandenen Fahrstühle, die entsprechenden Türbreiten und Schwellenlosigkeit. Ein Blindenleitsystem sei bei Bedarf integrierbar. Inklusion sei schnell umsetzbar. **Stadtrat Hempel** verweist darauf, dass wir jetzt die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Inklusion schaffen.

Stadtrat Stage hinterfragt in diesem Zusammenhang, wo in Magdeburgs Schulen Blindenleitsysteme vorhanden seien.

Frau Althaus berichtet von 3 sehbeeinträchtigten Kindern, die in einer Schule ohne Blindenleitsystem beschult werden.

Stadtrat Stern geht auf den Multifunktionsraum ein und verweist auf die „Oase“ hinsichtlich einer Nutzung durch die Schule.

Frau Althaus führt zu den vorhandenen Raumgrößen innerhalb der „Oase“ aus und verweist auf den angemeldeten Bedarf durch die Schulleitung.

Stadtrat Stage verweist auf den Stand der Planung. Die EW-Bau werde dem Ausschuss noch vorgelegt.

Stadtrat Canehl hält es für unproblematisch die Beschlussvorlage vor dem Fachausschuss BSS zu beraten. Er werde zustimmen.

Stadtrat Rösler spricht sich ebenfalls für eine Zustimmung aus und verweist auf die bevorstehende Budgetplanung hinsichtlich einer Einsteuerung in den Haushalt 2024 der Landeshauptstadt Magdeburg.

Änderungsantrag:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt dem Stadtrat den Beschlussvorschlag um den Punkt 4 zu erweitern:

Neu:

4. Die Integration eines Blindenleitsystems ist im Rahmen der EW-Bau zu prüfen.

Abstimmung: 5-0-3

Abstimmung zur DS0179/23: 8-0-0 empfohlen mit Änderungsantrag

5.2. EW-Bau für den Neubau eines Basisbaues am Albinmüller-Turm
Vorlage: DS0193/23

Frau Himmelreich bringt die Beschlussvorlage ein. Anhand der Visualisierung (Anl. 9) erläutert sie das Vorhaben.

Stadtrat Stage erinnert an die intensive Diskussion über den Kiosk bereits hier im StBV.

Stadtrat Rösler äußert sich positiv über die Ansicht und Zeichnungen. So werde sich das Vorhaben gut in die Architektur der 20er-Jahre einfügen.

Skeptisch sieht er die Nutzung des Kaffees, wenn ein künftiger Betreiber diese nicht so nutzen könne wie es den Vorstellungen entspreche.

Des Weiteren geht er auf die „Toilettensituation“ ein, die ihm nicht optimal erscheine.

Stadtrat Stern verweist auf eine gelungene Lösung und hinterfragt die Berücksichtigung der Kosten für die Inneneinrichtung. In diesem Zusammenhang verweist er auf die nicht berücksichtigten Mitteln für den Innenausbau bei Hyparschale und Stadthalle.

Frau Himmelreich führt aus, dass die Inneneinrichtung (max. 50 Stühle) für den Basisanbau mit eingeplant wurde.

Der zukünftige Nutzer muss die Geräte hinsichtlich des Betreiberkonzeptes bereitstellen.

Stadtrat Schuster äußert seine Bedenken in Bezug eines möglichen „Überangebotes“ an Mehrzweckräumen.

Stadtrat Stage verweist auf die vorhandene Gemengelage und findet diese kleinere gastronomische Lösung charmant. Er sieht dieses als Ergänzung zur Stadthalle, Hyparschale sowie Le Frog. Sie füge sich auch gut in das Umfeld ein.

Stadtrat Hempel sieht ebenfalls einen Bedarf an kleineren Räumen gegeben. Er verweist auf den Eingang zum Stadtpark und den richtigen Standort für Kioskbetrieb.

Stadtrat Moll findet, dass sich die Variante sehr gut einfügt. Das Bistro sieht er als ergänzendes Angebot.

Stadtrat Schuster hat kein Problem mit dem Baukörper und sieht auch keine Konkurrenzgefahr zur bestehenden Gastronomie. Ein Nachdenken über den kleinen „Mehrzweckraum“ sei aus seiner Sicht nochmals nötig.

Abstimmung zur DS0134/23: 7-0-2

- 5.3. Abschnittsbildungsbeschluss für den Ausbau der Verkehrsanlage "Freie Straße von Warschauer Straße bis Langer Heinrich" im Abschnitt von "Marienstraße bis Langer Heinrich"
Vorlage: DS0134/23
-

Herr Hesse bringt die TOP 5.3 – Top 5.6 ein.

Stadtrat Stern hat eine grundsätzliche Nachfrage hinsichtlich der Abschnittsbildung. Wieso besteht noch die Möglichkeit der Abschnittsbildung? Eine Umlegung auf den Bürger erfolgt doch nicht mehr. Wie viel ist noch offen? Er bittet um eine Zusammenstellung, mit Aussagen zum Abarbeitungsstand.

Herr Hesse verweist auf die Erstattung vom Land und die generierten Einnahmen die der Gemeinde zu stehen. Es erfolgt eine schriftliche Beantwortung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschließt einstimmig (9-0-0) den Beschlussvorlage mit Beschlussnummer: **StBV090-051(VII)/23**.

Beschlussvorschlag:

Zur Herbeiführung der sachlichen Beitragspflicht im Sinne des Kommunalabgabengesetzes des Landes Sachsen-Anhalt wird bzgl. des Ausbaus des Abschnittes von Marienstraße bis Langer Heinrich in der Verkehrsanlage „Freie Straße von Warschauer Straße bis Langer Heinrich“ der Abschnittsbildungsbeschluss gemäß § 11 Abs.1 der Straßenausbaubeitragssatzung gefasst.

- 5.4. Kostenspaltungsbeschluss für endausgebaute Teileinrichtungen in der Verkehrsanlage "Johannes-Göderitz-Straße von Johannes-Göderitz-Straße 98 bis Wendeanlage Altenheim"
Vorlage: DS0135/23
-

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschließt einstimmig (9-0-0) den Beschlussvorlage mit Beschlussnummer: **StBV091-051(VII)/23**.

Beschlussvorschlag:

Zur Herbeiführung der sachlichen Beitragspflicht im Sinne des Kommunalabgabengesetzes des Landes Sachsen-Anhalt wird bzgl. des Ausbaus der Teileinrichtungen Gehweg und Beleuchtung

in der Verkehrsanlage „Johannes-Göderitz-Straße von Johannes-Göderitz-Straße 98 bis Wendeanlage Altenheim“ der Kostenspaltungsbeschluss gemäß § 11 Abs.1 der Straßenausbaubeitragssatzung gefasst.

- 5.5. Kostenspaltungsbeschluss für endausgebaute Teileinrichtungen in der Verkehrsanlage "Johannes-Göderitz-Straße von Olvenstedter Scheid bis Wendeanlage"
Vorlage: DS0136/23
-

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschließt einstimmig (9-0-0) den Beschlussvorlage mit Beschlussnummer: **StBV092-051(VII)/23**.

Beschlussvorschlag:

Zur Herbeiführung der sachlichen Beitragspflicht im Sinne des Kommunalabgabengesetzes des Landes Sachsen-Anhalt wird bzgl. des Ausbaus der Teileinrichtungen Gehweg und Beleuchtung in der Verkehrsanlage „Johannes-Göderitz-Straße von Olvenstedter Scheid bis Wendeanlage“ der Kostenspaltungsbeschluss gemäß § 11 Abs.1 der Straßenausbaubeitragssatzung gefasst.

- 5.6. Kostenspaltungsbeschluss für endausgebaute Teileinrichtungen in der Verkehrsanlage "Salbker Straße von Schilfbreite bis 'Dodendorfer Straße"
Vorlage: DS0137/23
-

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschließt einstimmig (9-0-0) den Beschlussvorlage mit Beschlussnummer: **StBV093-051(VII)/23**.

Beschlussvorschlag:

Zur Herbeiführung der sachlichen Beitragspflicht im Sinne des Kommunalabgabengesetzes des Landes Sachsen-Anhalt wird bzgl. des Ausbaus der Teileinrichtungen Gehweg und Beleuchtung in der Verkehrsanlage „Salbker Straße von Schilfbreite bis Dodendorfer Straße“ der Kostenspaltungsbeschluss gemäß § 11 Abs.1 der Straßenausbaubeitragssatzung gefasst.

- 5.7. Abschnittsbildungs- und Kostenspaltungsbeschluss für endausgebaute Teileinrichtungen in der Verkehrsanlage "Agrarstraße von Birkenallee bis Ende der Bebauung" im Abschnitt von "Steinbruchweg bis Ende der Bebauung"
Vorlage: DS0138/23
-

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschließt einstimmig (9-0-0) den Beschlussvorlage mit Beschlussnummer: **StBV094-051(VII)/23**.

Beschlussvorschlag:

Zur Herbeiführung der sachlichen Beitragspflicht im Sinne des Kommunalabgabengesetzes des Landes Sachsen-Anhalt wird bzgl. des Ausbaus der Teileinrichtungen Gehweg, Radweg, Grün, Beleuchtung und Oberflächenentwässerung in der Verkehrsanlage „Agrarstraße von Birkenallee bis Ende der Bebauung“ im Abschnitt von „Steinbruchweg bis Ende der Bebauung“ der Abschnittsbildungs- und Kostenspaltungsbeschluss gemäß § 11 Abs.1 der Straßenausbaubeitragsatzung gefasst.

- 5.8. Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 489-6.1 "Ökologische Solarvernetzung (ÖkoSoVer)" sowie Aufstellung der Flächennutzungsplanänderung "Ökologische Solarvernetzung" im Parallelverfahren gemäß § 8 Abs. 3 BauGB
Vorlage: DS0100/23
-

Frau Callehn bringt die Beschlussvorlage ein.

Die anwesenden **Vorhabenträger (Frau Claus/Herr Meine)** erhalten Rederecht und stellen anhand einer Power Point Präsentation ihr Vorhaben gemeinsam vor.

Stadtrat Moll berichtet aus dem UwE, hält es für ein gelungenes, interessantes Vorhaben und verweist auf das bereits vorhandene KV-Kabel (Eon Avacon), hinsichtlich der Stromeinspeisung.

Ergänzend weist **Stadtrat Hempel** auf das EEG und die Beteiligung der Gemeinden hin. Er sieht hier ein Vorzeigeprojekt, welches angegangen werden sollte. Er geht auf einzelne positive Aspekte wie Umweltbildung, öffentliche Durchwegung, Grünstrom sowie die Vernetzung mit der Stadt Schönebeck ein.

Stadtrat Canehl hinterfragt den Aufgabenbereich der Nexentury GmbH. Den Infopoint findet er gut. Des Weiteren hinterfragt er die Sicherung der Anlagen (Zaun).

Die Meine und Claus GbR und die O&L Nexentury GmbH werden als Team agieren, erläutert **Herr Meine** (aktive Bewirtschaftung als Partner). Eine Einzäunung der Anlagen erfolge aus versicherungstechnischen Gründen. Die strukturierten Wegeverbindungen bleiben davon ausgenommen und offen für eine Durchwegung. Vor die Zäune kommen Hecken als Sichtschutz.

Abschließend hinterfragt **Stadtrat Canehl** die Gewerbesteuer. Wo werde die Gewerbesteuer hinfließen?

Die Gewerbesteuer soll Vorort verbleiben, informiert **Herr Meine**.

Stadtrat Belas hält das Vorhaben ebenfalls für ein gutes unterstützendwertes Projekt.

Er hinterfragt alternative Nutzungen für diese Flächen.

Herr Dr. Lerm verweist auf den einfachen Bebauungsplan „Landschaftsraum Hochplateau Südost“. In einem Bereich an den Sohlener Bergen wurde ein Vorhaben für eine Solaranlage durch eine Drucksache abgelehnt.

In dem hier in Rede stehenden Projekt bestehen aber veränderte Voraussetzungen. Die landwirtschaftlichen Kulturen sowie Heckenlandschaften sollen im Vordergrund stehen.

Stadtrat Rösler geht auf den Wunsch nach einer Verbesserung der Wegeverbindung zwischen Magdeburg und Schönebeck ein. Er sieht hier eine interessante Radwegeverbindung die entstehen könnte.

Er hinterfragt die momentane Vertragssituation bzw. Eigentumsverhältnisse. Wie viel Fläche gehört davon der Stadt? Städtische Flächen sollten ggf. nur verpachtet werden.

Herr Meine verweist auf Vorverträge, Pachtvertragsverhandlungen laufen. Der Stadt Magdeburg gehören ca. 8 % der Flächen.

Stadtrat Rösler hält eine Sicherung der landwirtschaftlichen Nutzflächen für sehr wichtig und hinterfragt einen möglichen Flächentausch. Ein Flächenbehalt sei wichtig und dürfe nicht aus der Hand gegeben werden.

Herr Dr. Lerm erläutert die Grundstückssituation und verweist auf einen Teil einer Wegefläche sowie einen Teil Ackerfläche.

Abschließend verweist er darauf doch alles im Zusammenhang zu sehen (Intel, Solar).

Stadtrat Mertens findet die Planungen besonders/interessant, und verweist auf die Kumulierung brach liegende Ackerflächen seien auch keine Lösung. Die Bezeichnung „blaues Meer“ sieht er hingegen kritisch. Er werde sich enthalten und sich in der Fraktion dazu beraten.

Stadtrat Stern sieht es noch etwas skeptisch und verweist auf eine Versiegelung von Nahrungsmittelgrundlagen. Unkritisch sei Photovoltaik auf Dachflächen oder Mülldeponien. Er werde sich dazu erst nochmal beraten lassen.

Frau Claus verweist auf eine effizientere Nutzung der landwirtschaftlichen Flächen, besonders in Betrachtung der Biogasgewinnung und erforderliche Raps- oder Maisanbauflächen.

Herr Meine würde gerne die Planungen in den Fraktionen vorstellen und diskutieren wollen.

Er verweist auf die Zwänge (EU-Vorschriften) jährlich prozentual Flächen aus der Bewirtschaftung herausnehmen zu müssen.

Der **Beigeordnete** sei aus städtebaulichen und landwirtschaftlichen Gesichtspunkten überzeugt von dem Vorhaben. Diese Mischung sieht er als große Chance. Die Versuchsfelder hält er für sehr interessant, auch in Bezug der Erforschung von Trockenheitsresistenzen.

Stadtrat Schuster geht auf die Problematik der verunkrauteten Flächen rings um manche vorhandenen PV-Anlagen ein und verweist auf Negativbeispiele.

Das Projekt klinge interessant, aber wie werde dann die tatsächliche Umsetzung aussehen. Er bittet um eine Fixierung in einem städtebaulichen Vertrag. Die Umsetzung muss so erfolgen wie vorgestellt.

Stadtrat Stage hinterfragt einen Zugewinn an landwirtschaftlichen Nutzflächen.

Des Weiteren hinterfragt er eine mögliche Beeinträchtigung des Landschaftsraum Hochplateau Südost und verweist auf die geplanten Baumpflanzungen.

Frau Callehn führt zum sich in Aufstellung befindlichen einfachen Bebauungsplanes Nr. 489-4 „Landschaftsraum Hochplateau Südost“ aus. Die beiden Planungen sollen aufeinander abgestimmt werden.

Stadtrat Canehl bittet um Bereitstellung der Power Point Präsentation und hinterfragt einen Zeithorizont.

Mit dem Verweis auf die rechtlichen Zwänge, soll das Projekt so schnell wie möglich umgesetzt werden, so **Frau Claus**.

Stadtrat Stern hinterfragt eine Umweltverträglichkeitsprüfung.

Ja, die werde durchgeführt, teilt **Frau Callehn** mit.

Stadtrat Rösler geht auf das Thema Wasserstoff und Wärmenutzung ein.

Stadtrat Stage schlägt einen Änderungsantrag vor.

Änderungsantrag:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt dem Stadtrat die Planungsziele im Beschlussvorschlag Punkt 2 wie folgt zu ergänzen:

- Die Planungen werden so gestaltet, dass das in Aufstellung befindliche, unmittelbar angrenzende LSG Frohser-Sohlener Berg nicht beeinträchtigt wird.

Abstimmung: 9-0-0

- Bisherige Eigenheiten der Landschaft bleiben erhalten und werden in die Planungen integriert. Dies betrifft insbesondere
 - > die im Bereich der Fluren „Zwischen der mittelsten und hintersten Wuhne“ und „An der Renne“ gelegenen Vernässungsbereiche
 - > das Vernässungsgebiet „Pötritzer Sumpf“
 - > das als punktuell registrierte Areal um die historische Bunkeranlage südlich der Siedlung Willis Hof.

Abstimmung: 8-0-1

- Die dauerhafte Umsetzung der im Projektkonzept vorgesehenen Maßnahmen der ökologischen Bewirtschaftung sind in geeigneter Weise rechtlich zu sichern.

Abstimmung: 8-0-1

Abstimmung zur DS0100/23: 6-0-3 empfohlen mit Änderungsantrag

- 5.9. Behandlung der Stellungnahmen (Zwischenabwägung) zur 32. Änderung des Flächennutzungsplanes der Landeshauptstadt Magdeburg „Niendorfer Straße“
Vorlage: DS0182/23
-

Herr Dr. Lerm bringt die Beschlussvorlagen (TOP 5.9, TOP 5.10) zur Änderung des Flächennutzungsplan ein.

Abstimmung zur DS0182/23: 7-0-0

- 5.10. 32. Änderung des Flächennutzungsplanes "Niendorfer Straße"
Erneute Auslegung des Entwurfes
Vorlage: DS0183/23
-

Abstimmung zur DS0183/23: 7-0-0

- 5.11. Elektromobilitätskonzept der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: DS0114/23
-

2. Lesung der Beschlussvorlage.

Auf Wunsch der Stadträte sei **Herr Massini** (Netze Magdeburg) anwesend und erläutert anhand einer Power Point Präsentation die Entwicklungen der Ladeinfrastruktur für E-Mobilität in Magdeburg.

Stadtrat Stern hinterfragt die Praktikabilität und verweist beispielhaft auf die 10-Geschosser in der Salvador-Allende-Straße. Wo werden die Grenzen gesetzt? Welche Voraussetzungen müssen geschaffen werden?

Herr Massini verweist auf die jeweilige Einzelfallentscheidung. Er geht u.a. auf Anzeigepflicht, Genehmigungspflicht, Schnellladesäulen sowie Transformatoren ein.

Ergänzend hinterfragt **Stadtrat Stern** wo bei Tankstellen die Grenzen liegen.

Herr Massini geht auf die Leistung ein und verweist auf Niederspannungsanschluss/ Transformatoren.

Stadtrat Mertens verweist auf seine Benken, die er schon bei der 1. Lesung geäußert hatte. Reicht das Stromnetz von Magdeburg für den zukünftigen Bedarf aus? Wo liegen die Grenzen des Machbaren?

Stadtrat Schuster fragt konkret nach, ob die Standorte aus der Studie möglich seien.

Herr Massini geht auf die unterschiedliche Netzstärke ein. Jeder einzelne Ladepunkt aus der Studie sei nicht vorgeprüft, nur diese mit der Antragstellung für 2023.

Herr Siesing ergänzt, dass 70/80 Standorte für das Jahr 2023 abgestimmt seien und verweist noch einmal auf eine grobe Ebene im Konzept.

Stadtrat Hempel sieht hier eine Zielbeschreibung mit einem Zeithorizont 2035. Ein Konzept liegt vor, die Stadt muss nun ein Verfahren mit Kontrollmechanismen finden.

Stadtrat Mertens stimmt **Stadtrat Hempel** zu.

Dennoch hält er den erzwungenen Verkehrs- und Infrastrukturwandel für nicht realisierbar.

Von einer Planung für 852 Ladesäulen ausgehend, wie viele braucht es grundsätzlich.

Bei einer Elektrifizierungsquote von 100 % ca. 5000, so **Herr Siesing**.

Daraufhin fragt **Stadtrat Mertens** nach, wie das mit dem Netz funktioniert.

Noch bestehen keine Engpässe in Magdeburg, informiert **Herr Massini**. Alle Netzbetreiber arbeiten an einer zukunftsfähigen Steuerung. Ein Netzausbau muss folgen.

Stadtrat Stage verweist auf die erfolgreiche Umsetzungen in den skandinavischen Ländern.

Für **Stadtrat Stern** müsse eine Konzentration von Ladesäulen erfolgen. Die Versorgung mit Mittelspannung für die Tankstellen wäre eine Zielstellung im Konzept. Eine privatwirtschaftliche Steuerung/Betreibung zur Entlastung der Stadt.

Stadtrat Stage sieht Praxisprobleme bei der Umsetzung. Der Ladevorgang dauere an der Tankstelle zu lang. Er hält ein dezentrales Konzept für sinnvoller.

Herr Massini ergänzt und geht auf die Thematik nachhaltiges Laden (PV-Anlagen/ Dachflächen) ein.

Stadtrat Rösler geht auf das Konzept ein. 2035 werde es einen höheren Bestand an E-Fahrzeugen geben. Ein Fehler im Konzept sei die Nichtberücksichtigung von Parkplätzen für autonom fahrende Fahrzeuge. Er verweist auf eine Bedarfsentwicklung im besonderem in den Randbereichen. Eine Konzeptüberarbeitung mit einer größeren Vorleistung von Seiten der Stadt hält er für nötig.

Stadtrat Schuster hält nichts von Vorgaben und spricht sich für eine Technologieoffenheit aus. Die Frage lautete, kann der Strombedarf abgedeckt werden. Ist es Aufgabe der Stadt Ladsäulen zu betreiben? Wo soll für den Ausbau das Geld herkommen? Darf die Stadt in Konkurrenz zu Tankstellen auftreten?

Die Betreuung werde in den meisten Fällen von den städtischen Werken oder Tochtergesellschaften (wirtschaftlich eigenständige Unternehmen) übernommen, führt **Herr Siesing** dazu aus.

Stadtrat Hempel geht auf die Thematik Technologieoffenheit ein. Er geht auf die Möglichkeit der Integration im Bereich der Supermarktstandorte als Bestandteil der Dezentralisierung ein. Abschließend verweist er auf unterschiedliche Ladezeiten. Habe die Verwaltung bei den Supermarktbetreibern zu der Problematik Ladestationen nachgefragt? Wie lauten die Ergebnisse?

Verwundert äußert er sich über die Aussage, das Netz gebe es her.

Herr Siesing sieht in den Schnellladesäulen die Zukunft. Öffentlich zugängliche Ladeinfrastruktur plane die Stadt, neben privaten Haushalten, Märkten, Tankstellen,...

Die Anregung (Nachfragen Marktbetreiber) werde mitgenommen.

Stadtrat Moll hat Vertrauen in die Technologie. Er verweist auf unterschiedlichste

Lademöglichkeiten u.a. bieten manche Arbeitgeber dieses bereits an.

Abschließend geht er auf den Änderungsantrag aus dem UwE ein und erläutert die Intension dahinter.

Stadtrat Canehl sieht eine Unterschätzung von den privaten Aktivitäten und verweist auf eine Nachrüstung von E-Ladestationen auch beim Mietwohnungsbau. Er geht auf die Thematisierung des Städtetages hinsichtlich der Klimaanpassung ein und verweist auf eine Pflichtaufgabe in der jetzigen Situation.

Stadtrat Stern mahnt die Möglichkeit der Überlastung und Abschaltung des Netzes an.

Abstimmung zur DS0114/23: 5-3-0

5.11.1. Elektromobilitätskonzept der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: DS0114/23/1

Abstimmung zum Änderungsantrag DS0114/23/1: 2-4-2 nicht empfohlen

5.11.2. Elektromobilitätskonzept der Landeshauptstadt Magdeburg

Der Vorsitzend lässt im Rahmen der 2.Lesung auch nochmals über den Änderungsantrag des StBV abstimmen.

Abstimmung zum Änderungsantrag DS0114/23/2: 4-3-1

5.12. Konzept der Landeshauptstadt Magdeburg für elektrische
Tretroller (E-Scooter)
Vorlage: DS0130/23

2. Lesung der Beschlussvorlage.

Stadtrat Bublitz nimmt für **Stadtrat Canehl** an der Sitzung teil.

Herr Schröter führt zum Änderungsantrag der Oberbürgermeisterin aus.

Für **Stadtrat Hempel** braucht es einen weiteren Änderungsantrag, da für die Zone C keine Lösung in Sicht sei. Er wünscht sich eine Überarbeitung oder Streichung der Zone C und Integrierung in die Zonen A und B.

Stadtrat Mertens plädiert für einen Änderungsantrag aus dem StBV.

Stadtrat Stern fragt, wie kam die Zahl 600 zu Stande.
Der **Beigeordnete** verweist auf einen Mittelwert.

Stadtrat Rösler fragt, stören die Roller in Zone C. Der sogenannte „letzte Kilometer“ können so nicht bewältigt werden. Momentan würde er sich bei der Abstimmung zu einem möglichen Änderungsantrag enthalten.

Stadtrat Schuster gibt **Stadtrat Rösler** recht, aber die Roller stehen zu lange herum. Eine Beräumung nach 24 Std. Abstellzeit/Nichtnutzung sollte verpflichtend vereinbart werden.

Stadtrat Hempel hält die Zone C für zu groß und fragt, warum der Werder in der Zone C und nicht in Zone B enthalten sei. Die Zoneneinteilung hat Regulierungspotential.

Stadtrat Stage macht einen Vorschlag für einen Änderungsantrag.

Herr Schröter geht auf die Möglichkeit der vertraglichen Regelung ein und verweist auf die Nähe zur Elbe in der Zone C. Der Abstand zu Gewässern sei von den Betreibern so gewollt.

Stadtrat Hempel geht auf die Nutzung der Roller bis zum Eingangsbereich Stadtpark ein und hält diesen Bereich für hoch attraktiv als Start für einen Spaziergang durch den Stadtpark.

Stadtrat Stern geht in Bezug auf den „letzten Kilometer“ z.B. im Bereich Randau-Calenberge (Endstelle Prester) ein und bittet dieses zu überdenken. Ein fester Abstellort könne im Bereich der Straßenbahnhaltestelle festgeschrieben werden. Hier wurde die Sache nicht bis zu Ende gedacht.

Herr Schröter verweist auf die Free-floating-Vereinbarung in Bezug auf den „letzten Kilometer“.

Eine perfekte Lösung sei ohnehin schwer zu finden, stellt **Stadtrat Stage** fest. Er verweist auf eine zunehmende Nutzung auch von älteren Menschen. Dieses sei auch eine Form der Mobilität. Er geht auf den Änderungsantrag ein.

Stadtrat Schuster plädiert für feste Abstellstandorte sowie eine zeitliche Frist zur Beräumung.

Änderungsantrag:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt dem Stadtrat den Beschlusspunkt 3 wie folgt zu ändern:

3. *Im Teilbereich A (Altstadt) und Teilbereich B werden ca. 60 feste Standorte für jeweils 5 elektrische Tretroller (E-Scooter) mit Reserve festgelegt. Darüber hinaus werden im Teilbereich C eine Mischung von festen Stationen und Free-floating vereinbart sowie das Konzept der letzten Meile umgesetzt. Hierzu werden Sammelparkplätze an Haltestellen des ÖPNV (z.B. P&R-Plätzen) und SPNV ausgewiesen.*
Im Teilbereich C sind wie in den Teilbereichen A und B feste Standorte als mögliche Abstellzonen festzulegen. Free-floating wird ausgeschlossen.

Abstimmung: 9-0-0

Abstimmung zur DS0130/23: 7-0-2 empfohlen mit Änderungsantrag

5.12.1. Konzept der Landeshauptstadt Magdeburg für elektrische
Tretroller (E-Scooter)
Vorlage: DS0130/23/1

Abstimmung zum Änderungsantrag DS0130/23/1: 9-0-0

5.12.2. Konzept der Landeshauptstadt Magdeburg für elektrische
Tretroller (E-Scooter)
Vorlage: DS0130/23/2

Abstimmung zum Änderungsantrag DS0130/23/2: 3-4-2 nicht empfohlen

5.13. Radverkehrskonzeption der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: DS0102/23

Frau Quantz erläutert anhand einer Power Point Präsentation Arbeitsschritte zur Erstellung der Radverkehrskonzeption und verweist auf die I0314/22.

Stadtrat Stage hinterfragt einen Zeitplan/Zeitschiene.

Frau Quantz verweist auf die Kostenschätzung, Fördermittelgenehmigung und die Aufteilung auf 2023 und 2024.

Stadtrat Stern hat persönlich mehrfach Unsicherheiten bei manchen Fahrradfahrenden festgestellt. Verkehrsregeln werden ignoriert, die Unfallzahlen unter Beteiligung der Fahrradfahrenden steige. Er wünscht sich in der Maßnahmenplanung eine Integrierung der Straßenverkehrsordnung.

Stadtrat Stage ärgert sich auch über das Fahren auf der falschen Seite und hält dieses für ein großes Problem in der Stadt. Eine stärkere Wahrnehmung der StVO wäre wichtig und wünschenswert.

Frau Quantz geht auf die Öffentlichkeitsarbeit ein und verweist auf Umsetzungsstrategie und Kampagnenkonzept.

Stadtrat Schuster verweist in diesem Zusammenhang auf den Antrag „Miteinander im Straßenverkehr“.

Stadtrat Hempel findet die Neubearbeitung des Radverkehrskonzeptes richtig. Er hinterfragt die Besetzung des „Runden Tisch“ und sieht den ADAC in diesem Gremium kritisch. Warum wurden keine Vertreter*innen vom Fachverband Fuss e.V. Deutschland oder Fachverband ÖPNV mitberufen.

Frau Quantz verweist auf den ADAC als Vertreter*innen aller Verkehrsteilnehmer*innen und nicht nur der „Autolobby“.

Stadtrat Hempel vermisst die Einbeziehung der öffentlichen Verkehrsunternehmen.

Nachrichtlich:

Ein Änderungsantrag DS0102/23/1 wurde durch die Oberbürgermeisterin eingebracht.

Abstimmung zur DS0102/23: 8-0-1

5.14. Leitidee Willy-Brandt-Platz – ein klimaangepasster Vorplatz
Vorlage: DS0185/23

Herr Dr. Lerm bringt die Beschlussvorlage ein. Er geht auf die Fördermittelbeantragung ein und erläutert die Zielstellung der klimaangepassten Umgestaltung.

Stadtrat Stern geht auf die Projektskizze ein und äußert seine Bedenken hinsichtlich der Brunnensituation. Er möchte nicht das sich hier ein „Dreckloch“ entwickelt.

Herr Dr. Lerm verweist auf eine 1.Studie. Die Wasserspiele werden nicht direkt vor dem Eingang zum Bahnhof entstehen. Mit Fontainenfelder werden eventuell in den seitlichen Bereich (links, rechts vorm Eingang) geplant.

Stadtrat Rösler weist auf eine Einigkeit, dass was geändert werden müsse. Anbetracht der Gesamtsituation der Stadt müsse man sich aber fragen, ob an dieser Stelle diese baulichen Veränderungen momentan nötig seien. Gibt es andere wichtigere Bereiche in der Stadt? Da es aber erst einmal um die weitere Planung als einen 1.Schritt gehe im Zusammenhang mit Fördermittelbeantragung könne er zustimmen.

Stadtrat Hempel erinnert an die Beschlussvorlage zur Barrierefreiheit und die Berücksichtigung des Tourismusleitsystems. Eine „Slalomstrecke“ dürfe am Ende nicht entstehen.

Stadtrat Bublitz geht auf eine frühere Antragstellung zur Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes und dem Verweis der Verwaltung auf benötigte Feuerwehraufstellflächen ein. Flächen zur Neugestaltung blieben auch mit Feuerwehraufstellflächen übrig, so **Herr Dr. Lerm**.

Abstimmung zur DS0185/23: 8-0-1

6. Anträge

6.1. Elektroladesäulen im Südosten Magdeburgs
Vorlage: A0025/23

Abstimmung zum Antrag A0025/23: 0-5-4 nicht empfohlen

6.1.1. Elektroladesäulen im Südosten Magdeburgs
Vorlage: S0075/23

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

6.2. Einsteinstraße als Fußgängerzone
Vorlage: A0017/23

Herr Gebhardt bringt die Stellungnahme der Verwaltung ein.

Abstimmung zum Antrag A017/23: 5-1-3

6.2.1. Einsteinstraße als Fußgängerzone
Vorlage: S0124/23

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

6.3. Mehr Verkehrssicherheit auf der Berliner Chaussee
Vorlage: A0067/23

Stadtrat Rösler geht auf die gehäufte Unfallsituationen im Bereich der Berliner Chaussee ein. Einige Veränderungen haben bereits stattgefunden z. B. Tempo 50 und damit sei auch schon ein gewisser Effekt verbunden. Schwierigkeiten gebe es für KFZ aus den Seitenstraßen durch die Entwicklung der Wohngebiete in diesem Bereich. Er sieht die Stadt hier in der Pflicht, nicht alles könne auf die Polizei verlagert werden. Er geht auf Spureinteilung, Lichtsignalanlagen, Haltestellenausbaus sowie Schulwegsicherheit ein.

Herr Gebhardt verweist auf einige bereits umgesetzte Maßnahmen aus der Antragsstellung. Er geht im Weiteren u.a. auf die zur Zeit fehlenden Notwendigkeiten der Markierung von zusätzlichen Linksabbiegespuren, die vorhandene Rotschaltung für den MVB - Busverkehr im Haltestellenbereich, Verlegung von Haltestellen, Trennungvarianten des südlichen Randbereiches und weiterhin häufig vorzunehmende Geschwindigkeitskontrollen durch das Ordnungsamt ein. An weiteren Lösungsmöglichkeiten zur sicheren Lenkung des Fahrradverkehrs auf der Südseite werde weiterhin noch gearbeitet. Des Weiteren erläutert er die kurzfristigen Maßnahmen sowie langfristige Maßnahmen.

Stadtrat Mertens verweist auf den vorliegenden Antrag, der zukünftig eine unfallfreie Straße suggeriere. Er hinterfragt die Unfallzahlen (2022), einen möglichen Zusammenhang durch Fehlverhalten der Autofahrer und die Temposituation.

Der **Beigeordnete** weist auf die Veränderungen in der Bebauung im Gesamtgebiet hin. Darauf habe die Verwaltung reagiert. Die Unfälle waren ein Auslöser aber nicht maßgebend für die Temporeduzierung. Die Stadtentwicklung sei mittlerweile in die Außenbereiche der Stadt hineingewachsen. Auf ein erhöhtes Verkehrsaufkommen wurde mit der Temporeduzierung reagiert.

Ergänzend verweist **Herr Gebhardt** auf die erhöhten Kontrollen des Ordnungsamt.

Stadtrat Stage kann die Wohngebietenentwicklung und das damit verbundene höhere Verkehrsaufkommen bestätigen. Eine Tempo 50 Regelung sei somit folgerichtig. Herr Gebhardt werde möglichst die Unfallsbilanz zur Niederschrift zuarbeiten (siehe Anlage).

Stadtrat Stern geht auf einen Leserbrief in der Volksstimme hinsichtlich einer Umgehungsstraße ein.

Stadtrat Hempel sieht eine Tempo-70-Zone innerhalb einer Stadt eher als eine Ausnahme und schließt sich der Argumentation der Verwaltung an.

Abstimmung zum Antrag A0067/23: 6-1-1

6.3.1. Mehr Verkehrssicherheit auf der Berliner Chaussee (A0067/23)
Vorlage: S0222/23

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

7. Informationen

7.1. Jahresbericht der Behindertenbeauftragten für das Jahr 2022
Vorlage: I0085/23

Frau Pasewald stellt die Information vor. Sie geht auf den Anteil (7 %) der Schwerbehinderten an der Bevölkerung in Magdeburg ein und verweist auf die nicht erfassten Schwerbehinderten mit einer niedrigeren Behinderung.

Im Weiteren geht sie auf die Bedarfe des Jugendamtsbereiches ein, die durch das KGm erfasst wurden. Im Bereich Spielplätze werde zukünftig die Möglichkeit der Inklusion berücksichtigt werden.

Positiv merkte sie die nun wieder engagierte Beteiligung der MVB bei der AG „Menschen mit Behinderung“ an.

Beim Thema barrierefreier Wohnraum geht sie u.a. auf die Mieten ein.

Die E-Mobilität sei ein beherrschendes Thema.

Ein großes Problem stellt die Abschaltung der akustischen Signalgebung an den Lichtsignalanlagen in der Zeit von 19:00 Uhr – 6:00 Uhr dar. Dieses führe zu einer Verschlechterung für Menschen mit einer Sehbehinderung und beschränke sie sehr im Alltagsleben.

Stadtrat Stage äußert sich überrascht über die Aussage hinsichtlich des bezahlbaren Wohnraums für Menschen mit Behinderung.

Stadtrat Hempel begrüßt die Eigeninitiative/Nachfrage zu barrierefreiem Wohnraum. Hier seien die Wohnungsunternehmen gefordert.

Des Weiteren hinterfragt er Blindenleitsysteme in den Schulen und geht auf die Förderschulen ein. Die Hortbetreuung sei problematisch für ältere Kinder.

Frau Pasewald erläutert die Betreuungszeiten die bis zum 6. Schuljahr bestehen. Eine Lücke bestehe am Nachmittag für Kinder ab dem 14. Lebensjahr bis zum 18. Lebensjahr.

Nachfragend geht **Frau Pasewald** noch einmal auf die akustische Unterstützung bei den Lichtsignalanlagen ein.

Stadtrat Hempel findet eine Abschaltung ab 19:00 Uhr absurd.

Herr Gebhardt verweist auf Anwohnerbeschwerden und geht auf die Regelzeit der akustischen Signalgebung von 6:00 Uhr - 20:00 Uhr ein.

Stadtrat Hempel verweist auf die Regelungen der TA-Lärm (ab 22:00 Uhr). Er fragt nach technischer oder finanzieller Voraussetzung.

Der Vorsitzende schlägt ein Votum aus dem Ausschuss vor und bittet um eine Abstimmung hierzu.

Abstimmung für eine akustische Unterstützung an der LSA bis 22:00 Uhr.
Abstimmung: 9-0-0

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

7.2. Auge der Geschichte
Vorlage: I0107/23

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

7.3. Lichtkonzept (A0199/20)
Vorlage: I0122/23

Herr Gebhardt erläutert die Information.

Stadtrat Bublitz hinterfragt die Einbeziehung der LichteWelten.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

7.4. Verbesserung der Verkehrssituation im Ortsteil Anker
(A0037/23)
Vorlage: I0126/23

Herr Gebhardt stellt die Information vor.

Stadtrat Schuster kann nicht nachvollziehen, warum in anderen Landkreisen z.B. im Harz (Münchenhof) eine Ampel zur Geschwindigkeitsbeeinflussung dafür genutzt werden könne. Rechtsprechung sei immer auch Auslegungssache.

Herr Gebhardt verweist u.a. auf ein damaliges Beschwerdeverfahren in der Blankenburger Straße, wo der Rückbau erfolgen musste. Des Weiteren weist **Herr Gebhardt** darauf hin, dass eine Lichtsignalanlage kein Mittel zur Geschwindigkeitsüberwachung sei. Der **Beigeordnete** werde den Sachverhalt am konkreten Beispiel (OT Münchenhof, Quedlinburg) erneut überprüfen lassen.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

7.5. Prüfung der Parkkosten für die Markthändler*innen (A0266/22)
Vorlage: I0136/23

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

- 7.6. Verfahrensregelung für E-Roller im Stadtgebiet
Vorlage: I0142/23
-

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

- 7.7. Übergang schaffen – Herrenkrugstraße / Hochschule
Magdeburg
Vorlage: I0111/23
-

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

- 7.8. Bewilligungen von Städtebaufördermittel für das Programmjahr
2022 (Haushaltsjahre 2022 - 2026)
Vorlage: I0112/23
-

Stadtrat Schuster geht auf die Einbeziehung der GWA's ein und wünscht sich mehr Veranstaltungen dazu.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

- 7.9. Sicherer Schulweg an der Nachtweide
Vorlage: I0114/23
-

Stadtrat Stage erkundigt sich bei dem anwesenden Vertreter des Schulelternrat, ob die Inhalte der Information mit den Vorstellungen von Elternrat sowie Schulleitung zusammenpassen.

Herr Kroll (Vorsitzender Schulelternrat) verweist auf eine geteilte Meinung nach der Auswertung der Information. Großes Unverständnis herrscht darüber, dass der eigentliche Punkt – Schulwegsicherheit für Radfahrer zu verbessern – nicht gelöst wurde. Eine Tempo-30-Zone reiche allein nicht aus. Die Nachbesserung werde dringend gewünscht. Die Hol- und Bringezonen werden begrüßt, diese erfordern aber eine Akzeptanz bei allen Beteiligten.

Am Neustädter Bahnhof müsse unbedingt nachgesteuert werden.

Höhe Mechthildstraße führt die verengte Fahrbahn regelmäßig zu chaotischen Zuständen. Gibt es Möglichkeiten (Beschilderung) diese Stelle vorübergehend aufzuweiten, fragt er nach.

Herr Schröter verweist auf Gespräche mit der Deutschen Bahn in Bezug zum Neustädter Bahnhof.

Die Anregungen zur Mechthildstraße werden geprüft.

Beim Thema Radverkehr könne hier niemand mehr überrascht sein, resümiert **Stadtrat Stage**. Beispielhaft verweist er auf seine Fotodokumentation und die fehlende Führung der fahrradfahrenden Kinder in der Februarsitzung 2023 des Ausschusses. Im November 2022 verwies die Oberbürgermeisterin auf einen akuten Handlungsbedarf. Die Hol- und Bringezonen werden aus seiner Sicht so nicht funktionieren. Diese Information sei enttäuschend, für ihn.

Stadtrat Hempel wünscht sich eine Nachbesserung der Information. Er vermisst Perspektiven für den Radverkehr. Die Situation vor der Schule müsse als erstes angegangen werden. Als eine kurzfristig umzusetzende Maßnahme sieht er die Errichtung der Hol- und Bringezonen.

Herr Kroll verweist auf Lösungen die attraktiv sein müssen und funktionieren müssen, nur dann werden diese Lösungen auch angenommen.

Jedes Jahr zu Beginn des Schuljahres werde von den Schulkräften um Einsicht und Verständnis bei Eltern und Kindern gebeten.

Der **Beigeordnete** verweist auf die kurzfristigen Maßnahmen. Diese sollten gezielt vorgestellt werden. Ein durchgängiger roter Fahrradweg werde mit einem intensiven Umbau verbunden sein.

Herr Schröter geht auf die Anlage 1 näher ein. Er geht auf die Einrichtung von Hol- und Bringzonen mittels entsprechender Beschilderung ein. Gleichzeitig werde die Anzahl der Kurzzeitparkplätze minimiert.

Der **Beigeordnete** geht auf die vorhandene Bebauung dicht an der Fahrbahn ein. Für einen separaten durchgängigen Fahrradweg fehle die benötigte Breite. Veränderungen müssen folgen, aber kurzfristig sehe er hier keinen Lösungsansatz.

Herr Gebhardt weist darauf hin, dass bei einer Tempo-30-Zone keine Radwegbenutzungspflicht bestehe und vorgesehen sei.

Stadtrat Stage fragt mahndend nach, wo sollen die Kinder mit ihren Rädern sicher fahren.

Stadtrat Stern hinterfragt die Möglichkeit der Gehwegnutzung für Fahrradfahrende. Eine Prüfung sei laut **Herrn Gebhardt** nicht bekannt.

Stadtrat Hempel verweist noch einmal auf die Konzentration öffentlicher Einrichtungen mit vielen Kindern (3 Schulen/Kindergarten) in diesem Bereich und wir suchen nach Gefahrensituationen. Niemand weiß hier, wo er fahren soll. Ein Fahrradweg könne auch in einer Tempo-30-Zone errichtet werden. Dieser sei dann nur nicht benutzungspflichtig, merkt er an. Die ganze Nachtweide sei eine Gefahrenquelle.

Der gesamte Verkehrsraum müsse für eine vernünftige Verkehrssituation neu aufgeteilt werden.

Stadtrat Stage überlegt eine aktuelle Debatte im Stadtrat dazu beantragen (Schulweggipfel mit Stadtelternrat).

Stadtrat Stern hinterfragt Schülerlotsen und geht auf die Ampel direkt vor der Schule ein.

Herr Kroll verweist auf den großen Einzugsbereich der „freien Schule“.

Ziel müsse ein sicherer Schulweg vom Neustädter Bahnhof zu den Einrichtungen sein, so

Stadtrat Stern.

Stadtrat Stage mahnt die fehlende Zuarbeit zur Einwohnerfragestunde an.

Der **Beigeordnete** verweist auf eine ämterübergreifende Veranstaltung.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

- 7.10. Beteiligungskonzept zur 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 237-2 "Zentraler Platz/ Elbufer" (Prämonstratenserberg)
Vorlage: I0121/23
-

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

8. Sachstand Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee
-

Stadtrat Moll erkundigt sich nach dem Stand der des angekündigten Aufhebungsverfahren zum Bebauungsplan Nr. 303-1 "Am Schroteanger 72-73/Steinbergstraße". Er wurde dazu bereits von einem Bürger angesprochen und kann aber eine entsprechende Vorlage im Session nicht finden. Wieso könne dieses passieren?

Der **Beigeordnete** verweist auf eine entsprechende Beschlussvorlage die sich aber noch im Verwaltungsverfahren befinde.

Stadtrat Hempel geht auf die Beschilderung der Ebene 0 an der Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee ein. Für Fußgänger*innen und Fahrradfahrer*innen wurde das Chaos durch eine neue Beschilderung beendet, stellt er fest.

Herr Gebhardt verweist auf eine zum Beispiel neue, geänderte Ausschilderung eines teilweise gemeinsamen Geh- und Radweges unterhalb der DB AG - Brücken.

9.1. Sachstand Märktekonzept

Frau Mackay geht auf die allgemeinen Veränderungen hinsichtlich der zentrenrelevanten Sortimente ein. Anfragen z.B. Fahrradläden betreffend waren der Ausschlag **Herrn Dr. Holl** der seit 1991 die Landeshauptstadt beim Thema Märktekonzept die Stadt Magdeburg beratend begleitet mit einzuladen.

Herr Dr. Holl erläutert anhand einer Power Point Präsentation die aktuelle Sachlage. Alles könne nicht gesteuert werden. Momentan sei im Handel das Vor-Corona-Niveau erreicht. Magdeburg sei Dank seiner guten Vor-Ort-Versorgung im Nahversorgerbereich (15-Minuten-Stadt) gut aufgestellt.

9.2. Sachstand zur DS0474/23 - Variantenentscheidung zur Umgestaltung Schönebecker Straße...

vertagt

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Mirko Stage
Vorsitzender

Corina Nürnberg
Schriftführerin